

Bildungsstreik 2009

Von wegen „müde Truppe“

Der Ministerialbeauftragte versucht, die Schülerdemo runter zu machen

Augsburg, 21.6.2009 Das Augsburger Bildungsbündnis bewertet die Aktionen vor vier Tagen positiv:

„450 SchülerInnen aus über 18 verschiedenen Schulen haben am 17. Juni im Rahmen des bundesweiten Bildungsstreiks, an dem sich 265 000 SchülerInnen und StudentInnen beteiligten, die Schule bestreikt und demonstrierten für ein besseres Bildungssystem, obwohl ihnen Verweise oder sogar Disziplinarverfahren angedroht wurden. Die große Frage ist, was wird sich jetzt hier in Augsburg verändern? Hat der Streik überhaupt etwas gebracht außer den Problemen mit der Schulleitung?“

Ja er hat etwas gebracht! Wir haben gezeigt, dass wir es uns – trotz aller Bemühungen des Kultusministeriums – nicht nehmen lassen, für unser Recht auf Bildung auf die Straße zu gehen. Selbst wenn wir einen Verweis angedroht bekommen...“¹

Unter Repressionsdruck stand vor allem die Schülerdemo am Vormittag des 17. Juni in Augsburg. Herr Lepperdinger, „Ministerialbeauftragter für die Gymnasien im Aufsichtsbezirk Schwaben“ und Schulleiter des Holbeingymnasiums, sprach laut Augsburger Allgemeine angesichts der Schülerdemo von einer „müden Truppe“. Wir waren bei der Aktion am Vormittag dabei. Herr Lepperdinger, der ja mit scharfen

Anwesenheitskontrollen im Holbein beschäftigt gewesen sein dürfte und auch damit, seinen gesamten „Aufsichtsbezirk Schwaben“ unter Kontrolle zu halten – hat wohl nicht richtig mitgekriegt, wie das am Mittwochvormittag war.

Herr Lepperdinger bleibt seinem Ruf treu. Schon bei den Protesten gegen das G8 vor sechs Jahren fiel er als knallharter Vollstrecker des Maulkorberlasses für bayerische LehrerInnen auf.² Diesmal hetzte er die LehrerInnen, die er damals einschüchterte, auf die Schüler.

Die Aktion der Schüler war sehr mutig und hatte richtig Power. Und sie war auch gut vorbereitet: mit eigener Mobilisierungshomepage, einem Forderungskatalog (s. Seite 4), Flyeraktionen vor den Schulen und mehreren Infoständen in der Innenstadt in den Wochen zuvor. Nach dem Auftakt am Rathausplatz ging der Umzug durch die Innenstadt, an diversen Schulen vorbei. Anschließend formierten sich über hundert SchülerInnen und durchkämmten die Aula von vier Gymnasien, um weitere SchülerInnen zu mobilisieren. Diese Aktionen waren der widerständige Auftakt zu einer breiteren Demonstration am Nachmittag zusammen mit Studenten, an der sich 1500 Leute beteiligt haben sollen.

Klar, dass die bayerische Ministerialbürokratie besonders angestoßen reagiert. Wird doch durch die Bewegung insbesondere das dreigliedrige Schulsystem, die Studiengebühren, die Bevorteilung der



„Müde Truppe“ – Beispiel 1

Bild: Redaktion Forum solidarisches und friedliches Augsburg

¹ <http://abb.blogspot.de/>

² s. unsere Berichterstattung http://www.forumaugsburg.de/s_6kultur/Unterricht/040122_protest-g8/index4.htm

Reichen im Bildungssystem und die Entrechtung der Ärmern angegriffen. Allesamt Essentials des Herrschaftssystems in Bayern, von denen die CSU schlecht lassen kann. „Wo gehobelt wird, da fallen Spaenle“, musste sich der bayerische Kultusminister auf der Kundgebung am Lenbachplatz anhören, bevor er sich verdrückte. In Anlehnung daran könnte man in Augsburg sagen: „Wo gestreikt wird, da wird nicht geleppert.“

Hervorzuheben wäre an der Schülerdemo noch die Tatsache, dass auch Haupt- und Realschüler, MigrantInnen und DGBler teilnahmen. Von der GEW sah man leider kein Transparent und ein Lehrer oder eine Lehrerin ward selbstverständlich auch nicht gesehen – da sei Lepperdinger vor. Hervorzuheben wäre auch noch, dass eine zentrale Parole lautete: „Hoch mit der Bildung – Runter mit der Rüstung!“ – auch dies eine Position, die der bayerische Ministerrat scheut wie der Teufel das Weihwasser.

Bezeichnend auch, dass der Philologenverband und der Bayerische Realschullehrerverband die Aktionen im Rahmen der „Bildungsstreik“-Kampagne harsch kritisierten. Der Vorsitzende des brlv (Bayerischer Realschullehrerverband) zog ganz schön vom Leder:

Schüler und Lehrkräfte werden fälschlicherweise aufgerufen, für bessere Bildung auf die Straße zu gehen, jedoch zeigen die Aufrufe der Verantwortlichen dieses Streiks, dass bestimmte Missstände an den Schulen in einigen Bundesländern nur Vorwand für eine Unterwanderung des gegliederten und auf Leistung ausgerichteten Schulwesens sind.

„Ich appelliere inständig an die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen, sich nicht blenden zu lassen und diese bildungspolitisch links orientierte Augenwischerei nicht zu unterstützen!“, sagt Anton Huber, Vorsitzender des brlv. Des Weiteren merkt Huber an, dass man die berechtigte Kritik in zahlreichen Bundesländern besser auf die dort aus ideologischen Gründen durchgeführten Reformen hin zur Einheitsschule richten sollte. In Bayern habe man andere Möglichkeiten für bessere Bildung einzutreten als Kinder und Jugendliche auf die Straße zu schicken. „Am verwerflichsten an diesem Vorgehen ist der Versuch der politisch Linken wieder einmal unsere Schüler zu instrumentalisieren und sie für ihren verdeckten Klassenkampf zu missbrauchen!“, so der Vorsitzende weiter.

Es sei nicht von der Hand zu weisen, sagt Huber abschließend, dass Bayern dringend kleinere Klassen und mehr pädagogisches Betreuungspersonal braucht, aber dafür müssten die Erwachsene eintreten und nicht die Kinder.³

Diese Lehrerverbände scheinen stramme Parteigänger der CSU zu sein und um Privilegien zu fürchten. Ein Realschullehrer mit A13 Anfangsgehalt im Alter von z.B. 22 Jahren hat 2.880 Euro (netto vielleicht 2.300 Euro) und kommt mit 65 Jahren auf 3.920 Euro Grundgehalt. Die Pension hieraus würde mit 70% etwa 2.750 Euro entsprechen. Eine Realschullehrer 45 Jahre, verh., 2 Kinder in A13 kommt mit Familien- und Kinderzuschlag ca. 3.800 Euro, das sind netto ca. 3.200 Euro, wenn man die Krankenversicherung abzieht ca. 2.900 Euro. Um das gleiche Geld in der „freien Wirtschaft“ zu verdienen, braucht man ca. 4.500 brutto. Das sind Positionen im mittleren Management, wohin es die Wenigsten schaffen. Dazu kommen noch Stellenzulagen.

GymnasiallehrerInnen beginnen als BeamtInnen in Besoldungsgruppe A13. Sie werden aber normalerweise im Lauf ihrer Dienstzeit befördert und erreichen dann A14 (als OberstudienrätIn) oder A15 (als StudiendirektorIn). Ein Oberstudienrat befindet sich damit in der gleichen Besoldungsgruppe wie z.B. ein Oberarzt oder auch ein Chefarzt, ein Regierungsschulrat, Akademischer Oberrat, Oberstleutnant, Fregattenkapitän, Mitglied der Geschäftsführung einer Agentur für Arbeit, Landesanwalt, Konsul Erster Klasse etc. (man möge uns die rein männlichen Bezeichnungen verzeihen, aber sonst wäre es zu kompliziert geworden)

Grund- und HauptschullehrerInnen bleiben demgegenüber weit unter solchen Gehältern.⁴ Das sogenannte „gegliederte Schulsystem“, auf das die Union steht und die CSU ganz besonders, schafft

³ <http://bildungsklick.de/pm/68639/bildungsstreik-in-bayern-unangebracht/>

⁴ Konkrete Beispiele: HauptschullehrerIn A 12, verh., 3 Kinder: netto ca. 2.470 Euro. HauptschullehrerIn A12, ledig, kein Kind: netto 1.987 Euro. Nach <http://www.gew-mg.de/Infotexte/Angestellte/Vergleiche.pdf>

also Stände, Vorteile und Privilegien auf jeden Fall für die verbeamteten *Lehrer*. Bei den *Schülern* und *Absolventen* höherer Bildungsgänge sind die späteren Vorteile sehr unsicher geworden, was der Bewegung die große Breite gibt. Der Verdacht liegt nahe, dass es der Beamten- und Herrschaftsapparat in Bayern selbst ist, der für seine Reproduktion auf der Dreigliedrigkeit des Schulwesens besteht – gar nicht mal so die Kapitalisten. Angesammelte Reichtümer aus diesen bayerischen Pfründen – wozu auch das Gymnasial- und Realschullehrertum zu gehören scheinen – können zum Millionärsdasein in der zweiten, spätestens dritten Generation führen.

Die Widersetzlichkeit des Schülerstreiks am 17. Juni dürfte ihre Ursache ganz stark auch in der permanenten Disziplinierung der Schüler haben. Dieses Disziplinierungssystem ist ausgefeilt und fast undurchdringlich, welche SchülerIn kann ihm entkommen? Das Knechtssystem geht von der Spitze im Kultusministerium über die Behörden und Schulleiter ganz runter. Die bürgerlichen Kreise sind inzwischen in Sorge, ob sich dieses Disziplinarsystem so durchhalten lässt, Medien wie die Augsburgische Allgemeine versuchen seit Tagen, die Lage zu entschärfen und raten von einer „Pädagogik mit dem Rohrstock“ ab. Die Augsburgische Allgemeine ruft in der Samstagausgabe dazu auf, etwaige Disziplinarmaßnahmen zu melden, natürlich zu dem Zweck, sie zu veröffentlichen:

Wer hat eine Schulstrafe für die Teilnahme am Bildungsstreik bekommen? Welche war es, und an welcher Schule? Wir wollen es wissen. Also schickt uns eine E-Mail an: lokales@augsburger-allgemeine.de Kennwort: Bildungsstreik

Natürlich können sich auch Eltern an der Diskussion beteiligen.⁵

Nach diesem Aufruf der AZ kann es sich jede LehrerIn und jede SchulleiterIn sich nochmal überlegen.

Der Wunsch nach Demokratie und Selbstverwaltung auch im Bildungssystem ist unüberhörbar geworden. Wie den Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen elementare Rechte verweigert werden aus Gründen des „Tendenzschutzes“, so wird Schülern das Streikrecht z.B. aus Gründen der „Schulpflicht“ verwehrt.



„Müde Truppe“ – Beispiel 2

Bild: Redaktion Forum solidarisches und friedliches Augsburg

Noch bis 2004 wurden Schülerzeitungen in Bayern vom Gesetz als eine „Einrichtung der Schule“ behandelt. Nicht die Redaktionen, sondern die Schulleitungen waren also die Herausgeber. Das musste nach extremen Zensurmaßnahmen der Schulleiterin Christa Lacher am Justus-von-Liebig-Gymnasiums in Neusäß aufgrund einer Petition der Schüler, die zusammen mit der Jungen Presse Bayern an den Landtag gestellt wurde, per Verordnung geändert werden. Die

Redaktionen sind nun nur nach dem Presserecht verantwortlich. Allerdings können die SchulleiterInnen Schwierigkeiten machen beim Verteilen der Schülerzeitung auf dem Schulgelände. Und es soll (es ist kein muss) ein „beratender Lehrer“ gewählt werden, genauso wie ein „Sprecher“

⁵ AZ 20.6.2009

der Zeitung.

Wenn Schüler und Studenten aber aus eigenen Stücken einen Schüler- und Studentenrat wählen und installieren wollen, und sie gehen dazu ins Augsburger Rathaus, kommt sofort die Polizei. Die Forderung nach einem Augsburger Schülerrat wird angeblich von der Stadträtin Ulrike Bahr (SPD) unterstützt. Was wird sie dafür tun?

Jedenfalls wollen die Schüler (und Studenten) eine bessere Ausbildung und mehr Rechte, das Knechtssystem haben sie satt. Das kam auch in Parolen bei der Schülerdemo in Augsburg zum Ausdruck: „Qualifizierte Lehrer!“ oder „Mit leeren Köpfen nickt sich's besser!“ Frau Knab in der Augsburger Allgemeinen spricht gar von „stromlinienförmigen Lehrern“, die opportunistischer seien als ihre Schüler – auch dies Töne, die man bisher in diesem Blatt eigentlich nicht vernahm.

Was die herrschenden Kreise in Bayern vorsichtig werden lässt, sind nicht nur die Wahlschlappen der CSU⁶, die ja ganz wesentlich mit den Verkrustungen und schreienden Missständen im Bildungswesen zu tun haben und jetzt zu offenem Aufruhr führen, sondern auch die erfrischende Selbständigkeit der Bewegung. Noch vor sechs Jahren bei den Protesten gegen das G8 spielten die bayerischen Grünen und die SPD eine halbseidene, eher üble Rolle. Auf den Demonstrationen und Kundgebungen auch in Augsburg waren plötzlich Landtagsabgeordnete wie Christine Kamm oder Linus Förster vorne dran, versuchten sich parteipolitisch zu profilieren und hintenherum abzuwiegeln.⁷

Diesmal hatten sie bei der großen Kundgebung am 17. Juni nichts zu melden, sie konnten sich in die Demonstration einreihen. Und natürlich kamen die Parteiflaggen von SPD/Jusos und jungen Grünen gleich hinter dem Fronttransparent. Die beherzte und eigenwillige Schülerdemo am Vormittag mieden sie alle, sowohl die Stadträte wie die Parteienvertreter, weil da parteipolitisch sowieso nichts zu holen war.

Aber die Oppositionsparteien kommen der kritischen Bewegung nicht mehr aus. Rein formal unterstützten SPD und Grüne – die LINKE sowieso – die *Forderungen des Augsburger Schülerbündnisses*⁸ wie:

- ◆ eine kostenlose Bildung für alle
- ◆ vollkommene Lehr- und Lernmittelfreiheit
- ◆ Komplettrenovierung aller Schulgebäude
- ◆ eine Schule für alle
- ◆ Demokratische Mitbestimmungsrechte für Schülervertretungen
- ◆ eine Schule als Lebensraum
- ◆ kleinere Klassen
- ◆ mehr und besser ausgebildete Lehrer
- ◆ Abschaffung der Dreigliedrigkeit
- ◆ Chancengleichheit im Bildungssystem

Und rein formal unterstützten die Parteien der bayerischen Opposition auch die *Forderungen aus dem bundesweiten Aufruf* zum Bildungsstreik 2009⁹:

⁶ Zu den Wahlschlappen der CSU zählen nicht nur die Landtagswahl, sondern auch die Europawahl, s. http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Europa/090607_wahlplakate/index.html

⁷ s. unsere Berichterstattung http://www.forumaugsburg.de/s_6kultur/Unterricht/040122_protest-g8/index3.htm

⁸ <http://abb.blogspot.de/>

⁹ <http://www.bildungsstreik2009.de/aufruf/>

- ◆ selbstbestimmtes Lernen und Leben statt starrem Zeitrahmen, Leistungsdruck und Konkurrenzdruck,
- ◆ freier Bildungszugang und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren wie Studiengebühren, Ausbildungsgebühren und Kita-Gebühren,
- ◆ öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft unter anderem auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe
- ◆ und Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen.

Und die Parteien unterstützten die etwas spezielleren *Forderungen der SchülerInnen* im zentralen Aufruf:

- ◆ Eine Schule für Alle – Weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem
- ◆ Kostenlose Bildung für Alle
- ◆ Mehr Lehrer_innen, kleinere Klassen
- ◆ Beendet den Einfluss der Wirtschaft auf die Schulen!
- ◆ Gegen Schulzeitverkürzung! Wie dem G8-Abitur!
- ◆ Schluss mit Repressionen gegen Schüler und Schülerinnen
- ◆ Für eine Demokratisierung des Bildungssystems!

Eigentlich wäre es nun Aufgabe der Parteien – wenn sie schon bei den Demos mitlaufen und gesehen werden wollen – diese Forderungen in konkrete Politik umzusetzen.

Die Landtags-SPD und die Landtags-Grünen hatten seit den massiven Protesten gegen das G8 inzwischen Zeit, verschiedene Entwicklungen zu beobachten und über verschiedene Dinge nachzudenken und könnten jetzt eher eine positive Rolle spielen, d.h. der Bewegung „Bildungsstreik“ im Landtag Flankenschutz geben. Die parteipolitische Opposition gegen die bayerische Bildungspolitik, z.B. die Grünen und die SPD im Landtag sowie die Linke außerhalb des Landtags haben schon für den Wahlkampf vergangenes Jahr interessante Positionen vorgelegt.¹⁰ Diese Positionen werden jetzt wichtig und könnten für die eher spontane Bewegung, die jetzt aufkam, wertvoll sein. Für die CSU kommt die Bewegung wie eine Breitseite, just da, wo sie sich nach den Europawahlen wieder im Aufwind wähnt.

Die SPD im Landtag agiert und reagiert durchaus.¹¹ Die Landtagsgrünen sichern volle Unterstützung

¹⁰ Vgl. unseren Artikel *Landtagswahlkampf: Für die CSU dürfte in jedem Fall eine politische Erosion eintreten. In der Bildungspolitik verliert die CSU ihren selbst behaupteten „Kompetenz“vorsprung in den Umfragen, insbesondere den Abschnitt Vielfältige und interessante Positionen der Opposition zu einer Schulreform in Bayern* und die anhängenden Dokumenten S. 8 ff.

http://www.forumaugsburg.de/s_5region/Landespolitik/080922_Landtagswahl-I/artikel.pdf

¹¹ Auf der Webseite der Landtagsfraktion der Bayern-SPD findet sich ein Gesetzentwurf von Adelheid Rupp vom Oktober 2008, der die Abschaffung der Studiengebühren begründet und verlangt. <http://www.bayernspd-landtag.de/aktuell/details.cfm?ID=11073> Vier Tage vor dem bundesweiten Bildungsstreik traten sechs bayerische SPD-Abgeordnete als Redner auf bei Demonstrationen gegen Studiengebühren am 13.6.2009

Anfang April kritisierte die SPD-Landtagsfraktion den bayerischen Bildungshaushalt als „einen Sparhaushalt zu Lasten der Schülerinnen und Schüler“. Hans-Ulrich Pfaffmann, der Bildungsexperte der Landtags-SPD sagte: „Bildung muss ein kostenfreies Grundrecht sein und zwar für alle Kinder. Der Haushalt 2009/2010 kann das nicht sicherstellen. 2700 zusätzliche Lehrerstellen reichen nicht einmal, um den Pflichtunterricht sicher zu stellen“. <http://bayernspd-landtag.de/aktuell/details.cfm?ID=11506&nav=aktuell>

Am Tag nach dem Bildungsstreik, am 18.6., macht die SPD die Bildungsproteste mit einem Dringlichkeitsantrag zum Thema in der Plenarsitzung im Bayerischen Landtag. Darin erklärt sich die SPD-Landtagsfraktion mit den Protestierenden solidarisch und fordert die Staatsregierung auf, von Sanktionen abzusehen. <http://bayernspd-landtag.de/aktuell/details.cfm?ID=11699&nav=aktuell>

zu. Die Staatsregierung brauche nicht zu glauben, dass sie das Thema aussitzen oder mit Mini-Reformchen kurieren könne – so die Grünen. „Wir brauchen eine grundlegende Veränderung des Bildungs- und Hochschulsystems, dazu gehört die Abschaffung der unsozialen Studiengebühren und des ungerechten 3-gliedrigen Schulsystems.“ Gefordert wird ein längeres gemeinsames Lernen und mehr individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler.¹²

CONTRA, das Aktionsbündnis für freie Bildung Augsburg würdigt die Aktionen ebenfalls und stellt sie in einen größeren, europaweiten Zusammenhang:

Eine erstaunlich breite Protestbewegung, die sich seit einigen Monaten im ganzen Bundesgebiet aber auch international formiert, ... setzt auch Fragen, welche die Bildungspolitik als ganze betreffen, auf die Tagesordnung des Widerstands. Der schlichte Titel „Bildungsstreik“ lässt für viele (Augsburger) Studenten kaum etwas von dem Ausmaß der Bewegung erahnen. In Italien organisierten vor kurzem 100.000 Studenten zusammen mit Leih- und Zeitarbeitern einen Marsch auf Rom, in Frankreich blockieren Dozenten und Studenten gemeinsam die dortigen Hochschulreformen zur Bildungsökonomisierung, in Leipzig befinden sich seit über 40 Tagen Universitätsgebäude besetzt und seit Tagen werden die KiTas von den Erziehern bestreikt.¹³

Peter Feininger

► s.a. unseren Bildbericht zur Schülerdemo

http://www.forumaugsburg.de/s_1aktuelles/2009/06/21_schuelerdemo/index.htm

¹² Pressemitteilung der Grünen im Bayerischen Landtag, 16. Juni 2009:

Bildungsstreik muss ernst genommen werden. Bayern braucht eine grundlegende Veränderung des Bildungs- und Hochschulsystems

München (bea). Die Grünen im Bayerischen Landtag unterstützen die Demonstrationen von SchülerInnen und StudentInnen in den bayerischen Städten gegen die schlechte Bildungs- und Hochschulpolitik in Bayern. „Die Streiks zeigen, wie drängend die Probleme im bayerischen Bildungswesen sind“, erklären die hochschulpolitische Sprecherin Ulrike Goteund der schulpolitische Sprecher Thomas Gehring. Die Staatsregierung brauche nicht zu glauben, dass sie das Thema aussitzen oder mit Mini-Reformchen kurieren könne. „Wir brauchen eine grundlegende Veränderung des Bildungs- und Hochschulsystems, dazu gehört die Abschaffung der unsozialen Studiengebühren und des ungerechten 3-gliedrigen Schulsystems.“ Die Grünen fordern ein längeres gemeinsames Lernen und mehr individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler.

„Wir nehmen das Signal von tausenden streikenden SchülerInnen und StudentInnen sehr ernst. Die Staatsregierung wird ihrer bildungspolitischen Verantwortung nicht gerecht.“ Weil sie sich vor tief greifenden Veränderungen scheue, gerate die bayerische Bildungslandschaft immer mehr in Schiefelage.“ Die Landtagsgrünen begrüßen es, dass die SchülerInnen und StudentInnen ihr demokratisches Recht wahrnehmen und für ihre Angelegenheiten auf die Straße gehen. http://www.gruene-fraktion-bayern.de/cms/default/dok/289/289946.bildungsstreik_muss_ernst_genommen_werde.html

¹³ <http://www.freiebildung-augsburg.de/>